

Ökologisch-Demokratische Partei

Kommunalwahlprogramm für Nürnberg 2026



www.oedp-nuernberg.de

Stand: 20.02.2026

Inhalt

Vorwort.....	2
Städtischer Klimaschutz.....	3
Nachhaltiger Stadtumbau zur Landesgartenschau 2030.....	3
Mobilität nachhaltig gestalten.....	4
Sicher unterwegs zu Fuß.....	4
Radverkehr fördern.....	5
Mehr Sharing führt zu weniger Autos.....	6
Öffentlichen Nahverkehr zügig ausbauen.....	6
Autoverkehr umweltverträglicher gestalten.....	7
Flugverkehr minimieren.....	7
Familie und Soziales.....	8
Kindertagesstätten.....	9
Inklusion mutig anpacken.....	10
Lebensqualität/Gesundheit.....	10
Gewaltschutz - Umsetzung der Istanbul-Konvention.....	11
Wohnen.....	12
Klimaneutrales Heizen von Wohngebäuden.....	12
Bildung.....	13
Ganzheitliche Bildung für Schulkinder.....	13
Freie Schulen.....	14
Gesunde Schulverpflegung und Ernährungserziehung.....	14
Kultur.....	15
Menschenrechte, Migration.....	15
Tierschutz.....	16
Wildtiere in der Stadt.....	16
Nutztiere.....	16
Haustiere.....	17
Nachhaltig und sozial wirtschaften – Mensch vor Profit.....	17
Arbeitsqualität, regionale und kleine Betriebe fördern.....	17
Effiziente und nachhaltige städtische Einrichtungen.....	18
Nachhaltig haushalten mit städtischen Geldern.....	19

Vorwort

Was die ÖDP auf allen politischen Ebenen seit Jahren fordert, ist durch die Aktivitäten der Fridays-For-Future-Bewegung in das Bewusstsein aller vorgedrungen: Der Klimawandel hat nicht nur auf die Bewohner von Südsee-Inseln Auswirkungen, und Schuld daran sind nicht nur einzelne Industrienationen, sondern er betrifft alle und alle müssen etwas dagegen tun. Global denken und lokal handeln heißt mehr denn je die Devise. Krisen wie der Krieg in der Ukraine, die Corona Pandemie und ihre Folgen auf allen Gebieten, die sich vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich, das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland – all dies hat die Umweltauswirkungen unseres Lebensstils in den politischen Hintergrund gerückt. Wir wollen sie wieder ins Bewusstsein bringen.

Es gilt, als Kommune alle Möglichkeiten zu nutzen, die Bürger zu einem nachhaltigen Lebensstil zu motivieren und sie dabei zu unterstützen. Wir brauchen eine Verkehrswende, die den motorisierten Individualverkehr in der Stadt reduziert. Dazu müssen die Alternativen, also Fuß- und Radverkehr sowie der öffentliche Nahverkehr deutlich an Attraktivität gewinnen und für jeden erschwinglich sein. Aber auch im Hinblick auf Wohnen und die Möglichkeiten, sich gesund aus der Region zu ernähren, sind noch kreative Lösungen gefragt. Hier alle Menschen anzusprechen und zu beteiligen, ist eine große Aufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Einwohner Nürnbergs wohl fühlen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, Religion, egal ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Mehr direkte Demokratie in der Stadt oder auch im Stadtteil gibt allen Menschen eine Beteiligungsmöglichkeit und beugt Politikverdrossenheit vor. "Mitbestimmung für alle" insbesondere in kommunalen Angelegenheiten ist Grundelement einer offenen und inklusiven Gesellschaft und stärkt das Vertrauen in die Demokratie (im 21. Jahrhunderts des digitalen Wandels).

Alle Entscheidungen des Stadtrats müssen dem Gemeinwohl dienen und dürfen nicht zu Lasten Schwächerer oder nachfolgender Generationen gehen. Um dies transparent umzusetzen, hat sich die ÖDP seit ihrer Gründung vor über 40 Jahren verpflichtet, keine Firmenspenden anzunehmen. Dies fordern wir auch von allen anderen Parteien und Stadtratsmitgliedern.

Einige Punkte im Programm betreffen die Landes- oder Bundespolitik und gehören im engeren Sinne nicht in ein kommunalpolitisches Programm. Wenn sie dennoch hier erwähnt werden, dann im Sinne von "Die Stadt Nürnberg möge sich für Änderungen auf Landes- oder Bundesebene einsetzen".

Hier gibts eine Auswahl unserer Erfolge im Stadtrat 2008 bis 2026:

<https://www.oedp-nuernberg.de/wahlen/kommunalwahlen-2026/erfolge-stadtrat-2008-bis-2026>

Städtischer Klimaschutz

Der Klimawandel ist für jeden in Nürnberg spürbar: so nehmen die Hitzetage mit mehr als 30°C fast jährlich zu, gleichzeitig steigt die Gefahr von Dürre und Starkregenereignissen, was eine große Herausforderung vor allem für die Landwirtschaft bedeutet. Die Hitzesommer und Trockenheit haben unseren Wäldern schon erheblich zugesetzt, so dass der Borkenkäfer unsere Hauptbaumarten Kiefer und Fichte schon sehr dezimiert hat - Der Waldumbau hin zu resilienterem Mischwald erfolgt bereits, ist aber sehr aufwändig. Auch bei uns in Nürnberg muss daher jede Entscheidung des Stadtrats auf ihre Klimawirksamkeit überprüft werden. Die Grünflächen in der Stadt gilt es unbedingt zu erhalten und auszubauen.

Daher fordern wir:

- das konsequente Umsetzen der im Integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK) beschlossenen Maßnahmen, um Klimaneutralität zu erreichen.
- das Wieder-Einführen der Begrünungssatzung, die von der Landesregierung kassiert wurde. Das bedeutet z. B.: bei Neubauten wird pro Wohneinheit verbindlich ein Grünanteil vorgesehen. Das kann ein Baum am Haus, ein Gartenanteil oder auch eine Fassaden- oder Dachbegrünung sein.
- Kaltluftschneisen dürfen nicht angetastet werden.
- Anwenden der Baumschutzverordnung im gesamten Stadtgebiet
- Absenken des schützenswerten Stammumfangs von Bäumen von 80cm auf 60cm
- Ersatzpflanzungen für alle entnommenen Bäume. Jede leere Baumscheibe soll schnellstmöglich bei Bedarf vergrößert und erneut bepflanzt werden.
- Bei allen Gebäuden muss die energetische Sanierung Vorrang bekommen.
- 100% Elektrifizierung der VAG-Busse

Nachhaltiger Stadtumbau zur Landesgartenschau 2030

Im Jahr 2030 wird die Bayerische Landesgartenschau als Urbane Gartenschau mitten in Nürnberg stattfinden. Das zentrale Ausstellungsgelände befindet sich im Stadtgraben rings um die Altstadt. Darüber hinaus werden Orte wie die Grasersgasse, der Theresienplatz und das Maxtor umgestaltet, sowie die Südstadt-Klimameile (bis zum Kopernikusplatz) und der Keßlerplatz nachhaltig entwickelt.

Wir fordern:

- Ausreichend breite und getrennte Fuß- und Radwege rund um die Altstadt - Umsetzung des Altstadtringes für Radfahrende
- Umsetzen des „Schwammstadtprinzips“, also Versickernlassen von Regenwasser in angrenzenden Grünflächen
- Beleuchtungskonzept, das nachtaktive Tiere schützt
- städtische Ausschreibungen verlangen, wo irgend möglich, biologisch erzeugte und fair gehandelte Pflanzen/Saatgut
- die an der Gartenschau teilnehmenden Gartenbaubetriebe stellen auf ihren Ausstellungsflächen dar, wie sie die Themen „Biozertifizierte Pflanzen“ und „Fairer Handel“ umsetzen
- Speiseangebot aus bio-fairen Produkten der Region durch die Gastronomie

- Bewerben der Gartenschau ausschließlich mit Werbegeschenken, die bio-fair erzeugt wurden.

Mobilität nachhaltig gestalten

Wir brauchen die Verkehrswende, um den Schadstoffausstoß zu reduzieren und Nürnberg lebenswert zu erhalten. Die ÖDP verfolgt eine klare Linie: Motorisierter Individualverkehr soll so weit wie möglich vermieden werden. Mit dem Rückgang des motorisierten Individualverkehrs kann mehr Raum für Menschen gewonnen werden. "Stadt für Menschen statt für Autos!" Darüber hinaus kommt dies der "Vision zero" entgegen, die das Ziel verfolgt, dass niemand mehr auf Nürnbergs Straßen getötet oder schwer verletzt werden soll.

Wir fordern:

- Stadtteilzentren stärken, um motorisierten Einkaufsverkehr zu vermeiden. "Stadt der kurzen Wege"
- Bestehende Einkaufszentren sind um kleine dezentrale Nahversorgungs-Möglichkeiten zu ergänzen, die zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichbar sind.
- Sichere Fuß- und Radwege führen zu weniger Autoverkehr.
- Weitgehende Reduzierung des Autoverkehrs in Wohnvierteln, um für mehr Ruhe und Platz sowie saubere Luft für die Menschen zu sorgen. Wenn sich der Superblock in Gostenhof bewährt, sollen in weiteren Stadtteilen solche Bereiche geschaffen werden.
- den Verzicht auf den geplanten Ausbau des Frankenschnellweges. Diesen Ausbau lehnen wir seit jeher und selbstverständlich auch zukünftig komplett ab. Wir wollen in diesem Bereich der Stadt gar keine (autobahnähnliche) Schnellstraße, um keinen Durchgangsverkehr anzuziehen. Zur Lärminderung soll umgehend Tempo 50 für den innerstädtischen Abschnitt angeordnet werden. Das Gebiet zwischen Fuggerstraße/Witschelstraße und dem Frankenschnellweg kann im Anschluss hochwertiger genutzt werden. Auch die Wiederherstellung eines Stadtkanals finden wir an dieser Stelle reizvoll und in ihren Auswirkungen überzeugend. Wir setzen darauf, dass der motorisierte Individualverkehr durch die von uns verfolgte Mobilitätswende deutlich zurückgehen wird. Fazit: „Lieber zurück auf Los!“

Sicher unterwegs zu Fuß

Das „Stadterlebnis“ und die Lebensqualität in Nürnberg hängen davon ab, wie man sich als Fußgänger in der Stadt bewegen kann. Dies gilt vor allem für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung.

Die ÖDP fordert deshalb:

- Sichere Schulwege für alle Kinder!
- „Bus mit Füßen“ für alle Grundschulkinder, das heißt: Schulweghelfer sammeln Schulkinder im Wohnviertel ein und begleiten diese gemeinsam zu Fuß zur Schule.
- Um die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler zu fördern und Unfälle zu vermeiden, sollten sie nur in Ausnahmefällen von den Eltern mit dem Auto gebracht und abgeholt werden. Daher sollten im Umkreis von Schulen großzügig temporäre

Halteverbotszonen ausgewiesen werden. Diese müssen auch konsequent überwacht und Verstöße dagegen geahndet werden. "Modellversuch Schulstraßen"

- Fußwege sollten so gestaltet und freigehalten werden, dass zwei Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren aneinander vorbeikommen. Konsequente Umsetzung des Mobilitätsbeschlusses der Stadt Nürnberg.
- Schaffung von mehr Plätzen, die zum Verweilen einladen mit Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang
- Ampelschaltungen stärker am Bedarf von Fußgängern ausrichten, z. B. durch kurze Reaktionszeiten und zusammenhängende ausreichend lange Ampelphasen bei Verkehrsinseln
- Konsequentes Ahnden von Parkverstößen auf Fußwegen
- Weitere Einschränkungen für das Abstellen und Fahren von E-Rollern auf Fußwegen

Radverkehr fördern

Das Fahrrad ist ein emissions- und lärmfreies, soziales, schnelles, gesundes und effizientes Fortbewegungsmittel. Radfahren muss in Nürnberg sicher werden, erst dann wird das Rad für viele alltagstauglich. Wir treten ein für sicheres und entspanntes Radfahren in Nürnberg. Wir wollen Radverkehr zur Chefsache machen, damit er besonderes Augenmerk und hohe Priorität erhält.

Die ÖDP fordert:

- Die Funktion des/der städtischen Radverkehrs-Beauftragten wird organisatorisch direkt beim Stadtoberhaupt angesiedelt.
- Massiver Ausbau der Radinfrastruktur
- Ein durchgängiges Radwegenetz durch Nürnberg in allen Stadtteilen
- Ausreichend breite Radwege, die unterschiedliche Geschwindigkeiten zulassen
- Ausbau von baulich von anderen Verkehrsträgern getrennten Radwegen
- Kombinierte Fuß-Radwege sollten nur Ausnahmen sein
- Für den Radverkehr optimierte Ampelschaltungen bis hin zu einer grünen Welle für eine Durchschnittsgeschwindigkeit von z. B. 20 km/h auf Radvorrangrouten und Radschnellverbindungen.
- Deutlicher Ausbau von überdachten Fahrradabstellplätzen mit diebstahlsicherer Anschließmöglichkeit.
- Verpflichtung zu frostfreien und sicheren Radabstellanlagen bei Neubauten (Stellplatzsatzung). Auch für Lastenfahrräder oder Fahrradanhänger sollen ausreichende Abstellflächen vorgesehen werden.
- Kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV
- Weiterer Ausbau von VAG-Rad in den Stadtrandgebieten
- Kreuzungsgestaltung für Radverkehr optimieren, z. B. durch Aufstellflächen für Radfahrer
- Optimieren des Baustellen-Managements für Radfahrer
- Radschnellverbindungen und Radbrücken konsequent umsetzen
- Service-Stationen entlang von Radvorrangrouten und Radfernwege
- Ausweiten der Radfahrstaffeln bei der Polizei
- Konsequente Ahndung von Parkverstößen auf Radwegen durch PWK und LKW
- Mehr Dusch- und Umkleidemöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen
- Bike-and-Ride-Parkhäuser an Umsteigepunkten zum ÖPNV
- Ausbau der Fördermöglichkeiten für Lastenfahrräder

Mehr Sharing führt zu weniger Autos

In Nürnberg wird der Raum des stehenden Verkehrs für Fußgänger, Radfahrer und neue, ökologisch nachhaltige Verkehrskonzepte benötigt. Sharing-Angebote reduzieren den CO₂-Ausstoß sowohl bei Herstellung als auch Verwendung. Bike-Sharing ist ein umweltfreundliches, gesundheitsförderndes Erfolgsmodell und eine sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV.

Die ÖDP fordert deshalb:

- weitere Mobilitätsstationen im gesamten Stadtgebiet
- Stetige Optimierung der multimodalen Nutzungsmöglichkeiten aller Verkehrsmittel (Car- und Bike-Sharing, Taxi, ÖPNV).

Öffentlichen Nahverkehr zügig ausbauen

Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln muss massiv verbessert werden. Nur so wird der Umstieg vom Auto auf die Öffentlichen im großen Stil funktionieren. Ziel ist, den Anteil von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auf 80% zu steigern (Modalsplit). Die für Nürnberg diskutierte Magnetbahn (TSB), mit der die neue Universität (UTN) über einen Halt an der Messe mit dem Südklinikum verbunden werden soll, lehnen wir ab. Neben Straßenbahn, S-Bahn und U-Bahn noch ein viertes isoliertes Schienensystem zu installieren, macht zusätzliche Umstiege und Wartungsanlagen erforderlich.

Die ÖDP fordert:

- Durchgehender 5-Minuten-Takt bei den Straßenbahn- und U-Bahnlinien
- Mindestens 10-Minuten-Takt auf allen S-Bahn-Linien, auch am Abend und am Wochenende
- Bessere Taktung der Regionalzüge für die Umland-Pendler
- Ausbau des Nachtliniennetzes: Nightliner sollten täglich und nicht nur an den Wochenenden fahren. Zusätzlich ist die Schaffung weiterer Linien zu prüfen.
- Durchgängige Nachtfahrten der automatischen U-Bahn
- Verbesserte Querverbindungen im Stadtgebiet
- Ausbau der U3 von Großreuth bis Stein (unter der Voraussetzung einer positiven Kosten-Nutzen-Rechnung)
- Ausbau des Straßenbahnnetzes, z. B. Straßenbahn durch die Sebalder Altstadt ohne Fahrdrat
- Beschleunigung von Straßenbahn- und Buslinien durch entsprechende Ampelschaltungen und separate Trassenführung (z.B. Busspuren)
- Freifahr-Zone für kostenlose Nutzung von Bus und Bahn, die den Altstadtring und die Altstadt selbst umfasst. Wir schlagen dafür bis spätestens zur Landesgartenschau 2030 folgende Streckenabschnitte vor:
 - zwischen Hauptbahnhof und Plärrer (U1)
 - zwischen Rathenauplatz und Plärrer (U2 und U3 sowie Buslinie 36)
 - zwischen Plärrer und Tiergärtnertor bzw. Hallertor (Tramlinien 4 u. 6)
 - zwischen Heilig-Geist-Spital und Maxtor (Buslinien 37, 46 und 47) (ÖDP-Stadtratsantrag vom 15.01.2020)

- Beibehaltung bestehender ermäßigter Zeitkarten für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Nürnberg-Pass Berechtigte
- Wir können uns eine bundesweit einheitliche Mobilitätsabgabe mit Einkommensstaffelung vorstellen, die allen die uneingeschränkte Nutzung des ÖPNV ermöglicht.

Autoverkehr umweltverträglicher gestalten

Aufgabe der Stadtpolitik muss es sein, den Anteil des Kfz-Verkehrs sukzessive zu senken. Die Verkehrsinfrastruktur muss so umgebaut werden, dass alle vermeidbaren Autofahrten unterbleiben und zunehmend mehr Haushalte auf ein eigenes Auto verzichten können.

Daher fordern wir:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit; Ausnahmen auf Hauptverkehrsstraßen
- Schaffung zusätzlicher Park & Ride-Möglichkeiten, besonders an S-Bahn- und U-Bahnstationen am Stadtrand.
- Vermehrtes Pflanzen von Bäumen und Hecken entlang von Hauptstraßen, um die Schadstoff- und Lärm-Belästigung für die Anwohner zu reduzieren, die Luftqualität zu verbessern und die Stadt zu kühlen
- Parkplatz-freie Wohngebiete mit Quartiers-Parkhäusern wo möglich
- Verkehrsberuhigung durch mehr Einbahnstraßen-Regelungen in Wohngebieten
- Förderung der Paketzustellung durch Elektro-Fahrzeuge oder E-Lastenräder (letzte Meile)
- Umstellung der städtischen Dienstwagenflotte auf emissionsärmere Antriebe
- Ausbau des Angebots an Wasserstoff-, Erdgas- und Elektrotankstellen
- die bayerische Staatsregierung auf, den Kommunen eine weitere Erhöhung der Parkgebühren zu ermöglichen

Flugverkehr minimieren

Dass der Nürnberger Flughafen in absehbarer Zeit klimaneutral werden will, begrüßen wir. Das ändert nichts an der Tatsache, dass das Fliegen selbst einen hohen Anteil an der globalen Erwärmung hat. Man geht davon aus, dass CO₂-Ausstoß, aber auch Stickoxide, Wasserdampf und Kondensstreifen zusammen für einen Anteil von bis zu 5% verantwortlich sind.

Wir als ÖDP finden es rücksichtslos, dass eine kleine, wohlhabende Minderheit der Menschheitsfamilie einen Lebensstil zu Lasten anderer Menschen und der kommenden Generationen auslebt. Daher muss das Fliegen weltweit erheblich reduziert werden.

Daher fordern wir:

- Reduzieren des Flugverkehrs
- Echtes Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 06:00 Uhr, um insbesondere die Gesundheit der Menschen in der Nordstadt, Ziegelstein und Buchenbühl zu schützen.
- kein weiterer Ausbau des Nürnberger Flughafens
- Keine Subventionierung des Flughafens durch die Stadt als Anteils-Eignerin und Geberin günstiger Kredite.
- Keine Werbung fürs Fliegen

- Kompensation der Umweltkosten von Flügen, z. B. durch entsprechend hohe Aufschläge auf die Start- und Landegebühren
- "Flugticket+City": bei jedem Ticket ab oder nach Nürnberg soll ein Ticket für den Nürnberger ÖPNV inklusive sein.
- Beschränken der Landeerlaubnis auf effiziente Flugzeugtypen.
- Prüfen der Bevorzugung hocheffizienter Flugzeugantriebe und des Verbrauchs pro Person z.B. via gestaffelter Start-/Landegebühren nach Emissionen je Personenkilometer.
- Prüfen von Fördermaßnahmen zur Erhöhung der Effizienz und Lebensdauer von älteren Flugzeugen durch Umrüstung (je nach CO2-Bilanz).
- Endgültiger Verzicht auf die Flughafen-Nordanbindung - Herausnahme dieser Maßnahme aus dem Bundesverkehrswegeplan
- keine innerdeutschen Dienstflüge für (Ober-)Bürgermeister*Innen, Mitglieder des Stadtrates und städtische Angestellte

Familie und Soziales

Kaum ein Lebensbereich des Menschen ist durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und durch die einseitig materialistische Sicht der Welt so stark gefährdet wie die Familie. Unstrittig ist: Die Familie hat sich als die am besten geeignete Form des Zusammenlebens bewährt. Wir wollen die Rückbesinnung auf Werte anregen, die sich nicht an Besitz und Konsum messen lassen. In der Familie kann dieses Wertebewusstsein am besten vermittelt werden.

Die ÖDP setzt sich deshalb auf Bundes- und Landesebene für ein einkommensunabhängiges Erziehungsgehalt ein. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern ist in allen Lebensbereichen zu gewährleisten. Der längst fällige, gerechtere Familienleistungsausgleich ist zwar Aufgabe des Staates. Die Stadt kann jedoch in ihrem Zuständigkeitsbereich ein Vorbild sein und einen Beitrag für ein kinder- und familienfreundliches Umfeld und für die Aufwertung der Familienarbeit leisten.

Die ÖDP setzt sich weiter für folgende Ziele ein:

- Die Außerhausbetreuung von Kindern muss freiwillig bleiben. Zunächst müssen genügend Kindergartenplätze für Kinder ab 3 Jahren zur Verfügung stehen. Erst wenn für dieses Alter der Bedarf gedeckt ist, dürfen Krippenplätze für unter 3-Jährige geschaffen werden. Es soll damit vermieden werden, dass Kinder frühzeitig in Krippen gegeben werden müssen, damit sie dann bei der Vergabe von Kindergartenplätzen sicher berücksichtigt werden.
- Es muss für Eltern immer die Möglichkeit bestehen, das Kind auch schon vor dem Mittagessen aus Krippe, Kindergarten oder Hort abzuholen, denn gemeinsame Mahlzeiten innerhalb der Familie geben Raum, Erlebtes zu besprechen und stärken den Familienzusammenhalt.
- Um Jugendliche für Demokratie zu sensibilisieren und sie auf Augenhöhe mit-Entscheiden zu lassen, soll ein Jugend-Stadtrat etabliert werden, der von Schülerinnen und Schülern aus ihren Reihen gewählt wird und über ein eigenes Budget verfügt.

Kindertagesstätten

Durch die zunehmende außerfamiliäre Betreuung der Kinder gewinnen Schule und Kindertagesstätte immer mehr an Bedeutung. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die personelle Ausstattung dem nicht entspricht und hinterherhinkt. Um die Vermittlung von Bildung und sozialer Kompetenz in diesen Einrichtungen zu optimieren fordern wir:

- Die Stadt Nürnberg sorgt für eine ausreichende Anzahl an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Der flächendeckende Ausbau von Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und Ganztagschulen wird gefördert. Dies darf aber weder auf Kosten einer echten Wahlfreiheit bei der Kindererziehung, noch auf Kosten der Qualität der Kinderbetreuung gehen.
- Um diese Qualität in Krippen sicherzustellen, fordert die ÖDP seit langem einen Betreuungsschlüssel in Krippen von höchstens 1:3. Dieser sollte auch bei Erkrankung von Teilen des Personals durch Bereithalten einer mobilen Personalreserve gewährleistet sein.
- Auch das Angebot an Tagesmüttern/-vätern ist zu fördern, z. B. durch Schulungsangebote und Zuschüsse. Größere Unternehmen müssen verpflichtet werden, einen Betriebskindergarten einzurichten.
- Die Attraktivität des Erzieher-/Erzieherinnen-Berufes muss durch Anreize wie das Zurverfügungstellen einer günstigen Wohnung oder höhere Zuschläge erhöht werden.
- Die Stadt Nürnberg garantiert allen Kindern ab 3 Jahren einen wohnortnahen, fußläufig erreichbaren Kindergartenplatz. Die Eingewöhnungsphase sollte sich, ähnlich wie in der Krippe, über mehrere Wochen erstrecken. Diese beiden Maßnahmen sollen sicherstellen, dass Kinder nicht in Krippen gegeben werden müssen, um nachfolgend einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Die Eingewöhnungsphase soll dem Kind den Übergang von der Familie in die Fremdbetreuung erleichtern.
- Aufgrund des hohen Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund ist die Stadt Nürnberg besonders in die Pflicht genommen, z. B. mit gezielter Sprachförderung bereits im Vorschulalter, aber auch mit einem erweiterten Kursangebot für Eltern. Auch für Kinder mit Auffälligkeiten und Defiziten in anderen Bereichen fordern wir eine noch intensivere Betreuung und Unterstützung, damit auch alle wirklich die gleichen „Startchancen“ haben! Wir unterstützen alle Anstrengungen, Inklusion und Integration zu verwirklichen.
- Um die Bedeutung der vorschulischen Erziehung hervorzuheben, fordern wir die Unterstützung der Stadt für ein beitragsfreies Kindergartenjahr für alle Kinder. Die bisherige Bezuschussung für Kinder ab 3 Jahren sollte wie bisher erfolgen. Eine Bezuschussung für Kinder von 1-3 Jahren, die eine Kinderkrippe besuchen, lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen die Auszahlung eines Erziehungsgebhalts, das auch zur Bezahlung des Krippenplatzes eingesetzt werden kann.
- Um den Eltern eine optimale Ausgestaltung des Familienlebens zu ermöglichen, fordern wir eine hohe Flexibilität bezüglich der Kern- und Buchungszeiten in städtischen Einrichtungen. Die Mindestbuchungszeit sollte in den städtischen Krippen von 20 auf 8 Stunden herabgesetzt werden, wenn das Kind mindestens zwei Tage pro Woche die Krippe besucht. Im Hort fordern wir eine Abkehr von der Kernzeit, so dass Eltern ihre Kinder außerhalb der Hausaufgabenzeit flexibel abholen können.
- Die derzeitige Kindergarten-Bezuschussung pro Kind und Betreuungszeit ist bürokratisch und erschwert die Organisation der Kinderbetreuung. Wir treten dafür ein, dass die Kindergärten wie früher pro Gruppe finanziert werden. In kleineren Gruppen können auch jüngere Kinder und Kinder mit einer Behinderung besser integriert werden.
- Unterstützung der Initiativen von Mittagsbetreuung

Inklusion mutig anpacken

Schon seit Ende 2018 wird in Nürnberg an einem lokalen Aktionsplan zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung entsprechend der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen gearbeitet. In diesen Prozess konnten sich bereits engagierte Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Arbeitsgruppen einbringen. Die Ergebnisse aus diesen Arbeitsgruppen sollten zügig veröffentlicht und zeitnah umgesetzt werden. Mittlerweile sind zahlreiche Maßnahmen aus dem ersten Aktionsplan der Stadt Nürnberg umgesetzt, und der Aktionsplan wird entsprechend angepasst. Ausstehend ist noch ein Bewusstseinswandel in der Stadtgesellschaft außerhalb der Stadtverwaltung.

Die ÖDP setzt sich für folgende Ziele ein:

- Schulen und Orte für Bürgerversammlungen müssen barrierefrei zugänglich gemacht werden. Dies bedeutet nicht nur, dass die Wege für Gehbehinderte keine Stufen haben dürfen oder Aufzüge vorhanden sein müssen. Es muss auch für technische Vorrichtungen für verschiedene Einschränkungen wie Schwerhörigkeit gesorgt und bei Bedarf müssen Gebärdensprachdolmetscher engagiert werden.
- Sportvereine sollen finanziell unterstützt werden, um im Breitensport verstärkt auch inklusive Teams bilden zu können.
- Konsequenter Abbau von Barrieren in öffentlichen Verkehrsmitteln
- Inklusion beginnt schon vor der Geburt: Familien, die ein behindertes Kind erwarten, bedürfen der besonderen Unterstützung und Ermutigung und sollen durch eine städtische Beratungsstelle umfassend betreut werden.
- Thematisieren von Inklusion - insbesondere am Arbeitsmarkt - in der Ausbildung zukünftiger Unternehmensleitungen an Hochschulen und in IHK und Handwerkskammer

Lebensqualität/Gesundheit

Ökologische Politik ist die beste Gesundheitspolitik. Eine Wende in der Energie-, Verkehrs- und Abfall-Wirtschaftspolitik sowie die Förderung ökologisch produzierter Lebensmittel in der Region schafft die Voraussetzungen für ein gesundes Leben. Für uns gehört dazu auch das Vorsorgeprinzip im Bereich elektromagnetischer Felder, z. B. Mobilfunk, W-LAN und Hochspannungsleitungen.

Als Partei, die sich konsequent der Nachhaltigkeit, dem Schutz aller Geschöpfe und dem Gemeinwohl verpflichtet weiß, halten wir die Begleiterscheinungen und Folgen des privaten Böllerns für vollkommen inakzeptabel: Zahlreiche, teilweise schwerverletzte Personen, überlastete Kliniken, Einsätze für Feuerwehr und Polizei im Ausnahmezustand, verängstigte Haustiere und Wildtiere, Retraumatisierung von Menschen, die Krieg erlebt haben, sowie enorme Mengen an Feinstaub und Müll.

Die ÖDP setzt sich für folgende Ziele ein:

- Die bestehenden Regelungen zu den Sonntagsöffnungen dürfen nicht ausgeweitet werden. Damit soll ein gemeinsamer Tag pro Woche für Familie oder Freunde zur Verfügung stehen.

- Beibehalten der kommunalen Trägerschaft beim Klinikum Nürnberg und den städtischen Alten- und Pflegeheimen (NürnbergStift). Die Patienten- und Bewohner-Sicherheit muss durch eine ausreichende Anzahl an Pflegekräften und eine offene Fehlerkultur garantiert werden.
- Ausbau der aufsuchenden Gesundheitshilfe, Aufbau von dezentralen Gesundheitsberatungsstellen sowie eine ausreichende Gesundheitsinfrastruktur in allen Stadtbezirken.
- Fördern von Produktion, Vermarktung und Verwendung ökologischer Lebensmittel, z.B. durch Umstellung des Angebots in den städtischen Kantinen, Altenheimen und Kindertagesstätten, Schulküchen und Mensen.
- Zur Unterstützung armer Menschen sollen Foodsharing und Tafeln gefördert werden.
- mehr frei zugängliche Trinkwasserbrunnen, an denen auch mitgebrachte Trinkflaschen aufgefüllt werden können.
- Freiluftveranstaltungen (Klassik-Open-Air, Blaue Nacht, Bardentreffen, Lichterzug, Sportveranstaltungen), aber auch Freibäder, VAG-Haltestellen, ... sollen rauchfrei sein. Das betrifft auch E-Zigaretten und Shishas.
- Wir setzen uns für Drogenprävention und Suchtbekämpfung ein. Die Hilfe für Drogenabhängige muss ausgebaut werden.
- keine Werbung für Zigaretten, Alkohol und andere Suchtmittel im kommunalen Einflussbereich
- die Berücksichtigung der Bedürfnisse von elektrohypersensiblen Menschen z.B. in Hinblick auf funkende Wasserzähler, Smartmeter und Mobilfunk
- Modellversuche mit alternativen Techniken wie Li-Fi als Ersatz von Wi-Fi und 5G
- Nationales Roaming - Ein Netz für alle: Bisher betreibt jeder Netzanbieter sein eigenes Netz. Müssten diese zusammenarbeiten, dann wären viel weniger Sendemasten nötig und die schädliche Strahlung könnte minimiert werden.
- Die ÖDP Nürnberg tritt für ein Verbot von privatem Feuerwerk ein, also von Raketen und Feuerwerkskörpern mit ausschließlicher Knallwirkung.
- Die Stadt Nürnberg soll sich über den deutschen Städtetag für ein grundsätzliches Verbot auf Bundesebene einsetzen. Bis dieses durchgesetzt ist, soll die Stadt Nürnberg sämtliche zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, privates Feuerwerk in ausgewiesenen Bereichen zu verbieten.

Gewaltschutz - Umsetzung der Istanbul-Konvention

(Europaratskonvention zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.)

Häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt ist in unserer Gesellschaft zwar verpönt, leider aber in allen Altersgruppen und Schichten weit verbreitet. In Deutschland war etwa jede dritte Frau schon einmal von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen, jede zweite hat sexuelle Belästigungen erlebt. In ca 20% der angezeigten Fälle häuslicher Gewalt sind Männer betroffen. Auch für sie sollen ausreichend Beratungsangebote und Schutzräume zur Verfügung gestellt werden.

Deshalb fordern wir:

- Ausbau von Gewaltpräventionsprogrammen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

- Spezifische Bildungsangebote zu den Themen Gewaltprävention, Umgang mit Gewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt für Lehrkräfte, Sozialarbeiter*Innen, Trainer*Innen in Sportvereinen und für die Polizei
- Mehrsprachige Beratungsangebote für Opfer von Gewalt und deren Angehörige
- Ausreichende und sichere Finanzierung von Beratungsstellen, Frauenhäusern, Männerschutzwohnungen und Gewaltpräventionsprogrammen

Wohnen

In Nürnberg gibt es einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Gleichzeitig ist die Fläche unseres Stadtgebietes nicht vermehrbar. Wir wollen die Bebauung der letzten verbliebenen Freiflächen verhindern, damit das von der ÖDP mit initiierte, erfolgreiche Bürgerbegehren "Nürnberg grün und Lebenswert erhalten" erfüllt wird.

Eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik einer Stadt ist, eine gute Mischung der Generationen und Kulturen zu erreichen. Das fördert gegenseitige Unterstützung und Integration. Es beugt Vereinsamung und Ghettoisierung vor. Genossenschaftlicher Wohnungsbau, alternative Wohnmodelle wie das Mietshäuser-Syndikat, Mehrgenerationenhäuser, Mitwohn-Vermittlungen oder Gemeinschaftsgärten im Wohnquartier und anderer kreative Lösungen sollen unterstützt werden, z.B. bei der Vergabe kostbaren städtischen Baulands. Außerdem wendet sich die ÖDP als wachstumskritische Partei gegen exzessive Anreize zu Neuansiedlungen von Industrie und Forschungsinstituten.

Daher fordern wir:

- Wohnungsbau auf ehemaligen Gewerbegrundstücken
- Aufstocken bereits bestehender Gebäude und Nachverdichtung. Dabei darf die kommunale Stellplatzsatzung kein Hindernis sein. Sie sollte auch nicht dazu führen, dass auf Privatgrund bestehende Grünflächen zu Parkplätzen umgewidmet werden müssen.
- Neubauten sollten so konzipiert werden, dass große Wohneinheiten bei Bedarf flexibel in kleinere Einheiten – etwa Einliegerwohnungen – unterteilt werden können, um eine Anpassung an wechselnde Lebensphasen zu ermöglichen.
- Erhalt des stadteigenen Flächenmanagements - bedarfsgerecht statt renditeorientiert.
- Die städtische Zweckentfremdungsverbot-Satzung muss mit genügend Personal umgesetzt werden (Verhinderung von Leerstand und dauerhafter Fehlnutzung von Wohnraum).

Klimaneutrales Heizen von Wohngebäuden

Aktuell strebt die N-Ergie an, 50% aller Wohngebäude in Nürnberg an die Fernwärme anzuschließen. Dies erfordert enorme Bautätigkeit, sowohl durch die Ausweitung des Netzes, als auch durch die bis 2040 angestrebte klimaneutrale Erzeugung der Wärme.

Eine echte Klimaneutralität bei der Wärmeerzeugung erfordert einen Abschied vom Verbrennen. Aktuell wird noch viel fossiles Gas verbrannt, da scheint es auf den ersten Blick besser, stattdessen (Alt-)Holz zu verbrennen. Allerdings erfordert der Kreislaufwirtschaftsgedanke, Altholz bestmöglich stofflich zu verwerten und erst, wenn das gar nicht weiter möglich ist, noch den Kohlenstoff energetisch zu nutzen (oder per

Pyrolyseverfahren langfristig als Biokohle zu speichern). Für diese geringeren Mengen an hochbelastetem Altholz gibt es bereits Verbrennungs-Kapazitäten in der Region (In Neumarkt/Opf. und Wilburgstetten). Das Verbrennen hochgiftigen Altholzes setzt außerdem große Mengen an Giftstoffen frei (u.a. Dioxin, PFAS, Feinstaub, Stickoxide), was im sehr verdichteten Stadtgebiet eine zu hohe Belastung darstellt. Daher lehnen wir den aktuell in Nürnberg-Sandreuth geplanten Neubau einer Altholzverbrennungsanlage ab.

Wir fordern:

- Ausbau von Großwärmepumpen an Flüssen wie der Pegnitz/Rednitz und der dafür nötigen Leitungskapazitäten,
- Motivierende Beratung zu Wärmepumpe, Solarstromerzeugung und Speichermöglichkeiten für Wohneigentümer:innen
- Dezentrale saisonale Wärmespeicher in Wohngebieten,
- Gute Dämmung der Gebäudehüllen,
- Sparsame Auslegung der Heizungsanlagen - auf bestmögliche Effizienz

Bildung

Ganzheitliche Bildung für Schulkinder

Bildung ist Voraussetzung für das Funktionieren der Gesellschaft, für Demokratie und Verantwortlichkeit. Bildung darf nicht reduziert werden auf reine Nützlichkeit und Verwertbarkeit.

Grundschulkindern, deren Eltern ganztags arbeiten müssen, brauchen ein attraktives Hort- oder Ganztagsangebot. Dazu soll die Zusammenarbeit der Schulen mit Musikschulen, Museen, Bibliotheken, Theatern und Sportvereinen gefördert werden.

Aber auch für Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse darf das gesellschaftliche und kulturelle Leben neben der Schule nicht zu kurz kommen: Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume für das Engagement außerhalb der Schule, u.a. in Jugendverbänden, Musikschulen, Sportvereinen und Kirchen/Religionsgemeinschaften. Das öffentliche Bibliothekswesen sichert eine lebendige Lesekultur. Vor allem die Kinder- und Jugendliteratur, aber auch qualitativ hochstehende Video- und Audio-Angebote sind unverzichtbar.

Daher fordern wir:

- Förderung ganzheitlicher Bildungsansätze (Lernen mit allen Sinnen)
- Um die Qualität an den Schulen zu steigern und eine optimale und individuelle Lernförderung zu gewährleisten, fordert die ÖDP schon seit Jahren eine zweite pädagogische Kraft in allen Grundschulklassen.

- An der Grundschule soll das nicht-digitale Lernen im Vordergrund stehen. Für die weiterführenden Schulen ist es uns wichtig, Kinder über die Risiken und Gefahren neuer Medien aufzuklären.
- weiterer Ausbau und Unterstützung der Mittagsbetreuung
- An jeder Schule sollte es mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit geben.
- Der Besuch von Bibliotheken, Museen und kulturellen Veranstaltungen (z.B. Konzerte und Theater) sollte von pädagogischen Fachkräften vorbereitet und vermittelt werden, z.B. über vergünstigte Veranstaltungsabonnements für Schüler.
- Klassenfahrten sollten in einem sozial und ökologisch angemessenen Rahmen stattfinden. Flugreisen sollen generell für Klassenfahrten vermieden werden.
- Kindern von einkommensschwachen Familien werden weiterhin niederschwellige Zuschussmöglichkeiten angeboten („Bildung und Teilhabe-Angebote“).
- Alle Schülerinnen und Schüler erhalten unabhängig von der Entfernung zur Schule eine Zeitfahrkarte, die auch in der Freizeit genutzt werden kann.
- Um Kindern mit Migrationshintergrund das Ankommen in Deutschland zu erleichtern, werden sie intensiv gefördert. Dazu gehört auch umfangreicher Deutschunterricht.
- Lobbyarbeit mit kommerziellen Interessen hat an unseren Schulen nichts zu suchen. Ebenso darf die Bundeswehr nicht in den Schulklassen mit minderjährigen Jugendlichen für sich werben.

Freie Schulen

In Nürnberg gibt es eine Vielzahl an Schulen in freier Trägerschaft mit unterschiedlichen Profilen. Diese sind für die Stadt eine große Bereicherung, da Eltern für ihre Kinder die am besten geeignete Schulform wählen können.

Daher fordern wir:

- Wir fordern für Kinder, die freie Schulen/KiTas besuchen, die gleichen städtischen Zuschüsse wie für Kinder öffentlicher Schulen.
- Die Freien Schulen sollen als gleichwertige Alternativen in den städtischen Veröffentlichungen und im Bildungsbericht benannt werden.
- Auch die freien Schulen sollen die städtischen Schwimmbäder und Sportplätze kostenfrei nutzen können.

Gesunde Schulverpflegung und Ernährungserziehung

Saisonales Bio-Essen aus der Region in den Schulküchen stärkt unsere Kinder und fördert die Leistungsfähigkeit. Gartenbau und praktische Ernährungserziehung führen zu mehr Wertschätzung gegenüber unserer Nahrung und fördern das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung.

Daher fordern wir:

- Saisonales Essen aus der Region mit einem Bio-Anteil von mindestens 50% für alle Schulkinder (wie bereits beschlossen!)
- die Förderung von Projekten wie die der „Essbaren Stadt“ und dem Verein „Ackerdemia“ <https://www.ackerdemia.de/>
- Schaffen von Möglichkeiten des gemeinsamen Kochens in Ganztageseinrichtungen.
- Trinkwasserspender in allen Schulen und Kitas

Kultur

Es ist wichtig, dass die Stadt Nürnberg auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel deutlich zu ihren kulturellen Einrichtungen steht. Kultur ist für ein gutes, friedliches Stadtklima von größter Bedeutung. Investitionen in Kultur machen sich an anderer Stelle wieder positiv bemerkbar. Die zahlreichen Angebote der Kulturläden in den Stadtteilen und interkulturellen Festivals haben eine völkerverbindende und integrative Funktion, da durch sie Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Kulturkreisen zusammengeführt werden. Eine wertvolle, qualitative, kulturell hochwertige Arbeit ist nur möglich, wenn es entsprechende Unterstützung im kommunalen Bereich gibt. Musik- und Kunstschulen sind eine wertvolle Ergänzung zum Unterricht an den Schulen und haben nachweislich positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder. Auch Erwachsene und Senioren profitieren davon, denn kulturelle Angebote fördern geistige Aktivität und beugen Einsamkeit vor.

Deshalb fordern wir:

- die volle Kostenübernahme für das Staatstheater (Oper und Schauspielhaus) durch die Bayerische Staatsregierung
- die finanzielle und personelle Sicherung der zwölf städtischen Kulturläden und der städtischen Musikschule
- Bereitstellung/Schaffung bezahlbarer Räumlichkeiten für freie Kulturschaffende
- Stärkung der lokalen Seniorenetzwerke

Menschenrechte, Migration

Es ist wichtig, dass eine offene, tolerante Kultur gefördert wird, damit Menschen verschiedener Herkunft und Hintergründe ohne Angst in unserer Stadt leben können und keiner gesellschaftlichen Diskriminierung ausgesetzt sind.

Angesichts der grauenvollen nationalsozialistischen Vergangenheit Nürnbergs erwarten wir eine fortlaufende Kultur der Aufarbeitung und des Verhinderns ähnlich motivierter Gewalttaten. Morde wie die des NSU dürfen sich keinesfalls wiederholen. Rechtsextremen und antisemitischen Umtrieben muss weiterhin mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Wir wollen eine flüchtlingsfreundliche Stadt, ein sicherer Hafen bleiben! Wir wollen interkulturelle Kontakte und Integration erleichtern.

Wir fordern im Einzelnen:

- Schulung der städtischen Beamten (insbesondere im Ausländeramt) im Bereich gewaltfreier Kommunikation und wertfreiem Auftreten gegenüber ausländischen Mitbürgern
- Fördern von interkulturellen Treffpunkten, von denen alle Menschen profitieren.
- Der Integrationsrat der Stadt Nürnberg soll nicht nur beratende Funktion haben, sondern bei bestimmten Themen direkt mitentscheiden können.
- das kommunale Wahlrecht für Ausländer, die bereits länger in Nürnberg leben, denn zur Integration gehört auch, dass ausländische Bürger auf politischer Ebene mitgestalten können.
- einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten in der Stadt: Grundsätzlich dürfen Familien nicht getrennt werden. Kranke und auch psychisch Kranke müssen eine angemessene medizinische Versorgung erhalten.
- Erhalt und Ausbau von Deutsch- und Integrationskursen
- die dezentrale Unterbringung

Tierschutz

Wildtiere in der Stadt

In der Stadt Nürnberg gibt es einige Vereine, die sich um verlassene, verletzte oder aus illegaler Einfuhr gerettete Tiere kümmern (Tierheime). Ebenso gibt es private Initiativen, die sich speziell um Wildtiere in der Stadt (Tauben, Gänse, Igel, Frösche...) bemühen. Alle diese Aufgaben erfordern viel ehrenamtliches Engagement.

Weitere Wildtiere werden im Nürnberger Tiergarten gehalten. Hier gibt es unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Besonders kritisch betrachten wir das Halten von Delfinen in sehr engen Becken. Es hat sich gezeigt, dass die Nachzucht von Delfinen extrem schwierig ist. Die Delfin-Lagune im Tiergarten ist sehr teuer im Unterhalt und das Salzwasser-Leck ist noch immer nicht dauerhaft abgedichtet.

Wir fordern:

- Stärkung ehrenamtlicher Tierschutz-Initiativen bei der Bereitstellung von Räumen/Flächen, sowie die Übernahme regelmäßig anfallender Kosten für Futter und Kastration
- Schließung des Delfinariums im Nürnberger Tiergarten.

Nutztiere

In Deutschland verzehren wir durchschnittlich 53 kg Fleisch pro Jahr und Person. Dieser hohe Verbrauch kann nicht durch Tiere aus artgerechter Haltung gedeckt werden. So werden die meisten sogenannten Nutztiere auf zu engem Raum gehalten, bekommen ihre Hörner, Schwänze, Schnäbel amputiert, damit sie sich nicht gegenseitig verletzen und stehen meist auf pflegeleichten Spaltenböden, was zu Gelenkentzündungen führt. Wenn Tiere sehr eng gehalten werden, erfordert das einen erhöhten Antibiotika-Bedarf, da ein krankes Tier schnell einen großen Bestand anstecken kann. Zum Schutz unserer Mitgeschöpfe, der Tiere, sowie für unsere eigene Gesundheit muss der Fleischkonsum deutlich gesenkt werden.

Im Klinikum Nürnberg werden derzeit Tiere für Tierversuche benutzt. Wir halten dies für nicht mehr zeitgemäß, weil die Ergebnisse meist nur schlecht auf den Menschen übertragbar sind, und es bereits alternative Testmethoden gibt.

Wir fordern:

- In Kantinen und Mensen wird zunehmend vegetarisches und veganes Essen aus regionaler und biologischer Landwirtschaft angeboten
- Keine Tierversuche am Nürnberger Klinikum

Haustiere

Der Hundeführerschein ist heute in vielen Gemeinden vorgeschrieben und dient als Nachweis über die Sachkunde in der Hundehaltung. Dies haben wir in Nürnberg noch nicht. Zukünftige Hundehalter lernen dabei, wie man die Tiere pfleglich behandelt und wie viel das Halten eines Hundes kostet. So können unüberlegte Anschaffungen verhindert werden, und weniger Vierbeiner landen auf der Straße oder im Tierheim.

Wir fordern:

- Jede Person, die sich in Nürnberg einen Hund neu anschaffen möchte, soll verpflichtet werden, die Prüfung für den Hundeführerschein abzulegen.

Nachhaltig und sozial wirtschaften – Mensch vor Profit

Die ÖDP Nürnberg setzt sich für die Erhöhung der Lebensqualität für alle ein. Unser Grundgesetz sagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Artikel 151 unserer bayerischen Verfassung lautet: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl...“ Die einseitige Ausrichtung der Politik auf Wirtschaftswachstum stellt auch unsere Stadt vor erhebliche Herausforderungen.

Unsere Ziele:

- Wir wollen uns am Konzept des „Ehrbaren Kaufmanns“ orientieren, welches auch die IHK Nürnberg für Mittelfranken propagiert.
- Die ÖDP tritt für eine neue Form des Wirtschaftens ein, die Gemeinwohl-Ökonomie. Auch diese funktioniert nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, stellt aber, wie von Grundgesetz und Bayerischer Verfassung gefordert, das Wohl aller statt nur den Gewinn einzelner in den Mittelpunkt. Dieses Modell geht zudem schonend mit den Ressourcen um, dient also Mensch und Umwelt.
- Wir wollen die Einführung einer eigenen Regionalwährung prüfen, zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Zudem will die ÖDP ein Netzwerk solidarischer Ökonomie gründen, um unser Modell der Gemeinwohlwirtschaft auf kommunaler Ebene umzusetzen.
- Firmen, die offensichtlich kein Interesse am Gemeinwohl haben, sollen keine Anreize zur Ansiedlung erhalten.

Arbeitsqualität, regionale und kleine Betriebe fördern

Ziel der Arbeitsmarktpolitik bleibt es, die Arbeitsplätze in Nürnberg dauerhaft zu sichern. Entscheidend für die ÖDP sind die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeitsplätze. Ziel ist ein möglichst hoher Anteil von unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Wir fordern deshalb:

- die Ausweitung der Existenzgründerprogramme und speziell Beratungsangebote für die Förderung von Existenzgründungen von Frauen.
- Einführen eines "Fair-Kaufsmarktes" und Wiedereinführung von "Bio Erleben"
- Fördern einer Mischstruktur aus kleinen und mittleren regionalen Betrieben
- Gründen eines Netzwerkes solidarischer Betriebe und Akteure
- Einführen einer regionalen Währung „FRANKEN“ nach dem Vorbild des Bremer ROLAND oder des Chiemgauer Regiogelds
- Fördern von kooperativen und solidarischen Genossenschaftsmodellen
- Fördern von Mehrweg und Verpackungs-Reduzierung nach Tübinger Modell
- Ausbau und Unterstützen der regionalen Wertschöpfungskette
- Stärken der Jobcenter, um deren Hauptaufgabe – die Vermittlung von Langzeit-Erwerbslosen – zu verbessern

Effiziente und nachhaltige städtische Einrichtungen

Ein lebenswertes Nürnberg benötigt eine Stadtverwaltung und städtische Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen für die Nürnberger Bevölkerung erbringen und dabei Wirtschaftlichkeit und Effizienz berücksichtigen.

Das konsequente und rasche Umsetzen von gesetzlichen Vorgaben und Stadtratsbeschlüssen ist eine Basis für die hohe Lebensqualität. Die städtischen Beschäftigten brauchen hierfür ideale Arbeitsbedingungen, gute Personalstruktur und garantierte sichere Arbeitsplätze.

Das Fundament einer gut funktionierenden Stadtverwaltung ist transparentes Verwaltungshandeln ohne Interessenskonflikte.

Die Nürnberger ÖDP fordert deshalb:

- Kein Privatisieren von Trinkwasserversorgung, stadteigenen Betrieben und Unternehmen (etwa Sparkasse Nürnberg, Stadtwerke, Verkehrsbetrieb, Abfallwirtschaftsbetrieb)
- Erstellen einer jährlichen Gemeinwohlbilanz für die Stadt Nürnberg und für alle städtischen Eigenbetriebe und Tochterunternehmen.
- Priorisieren von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung.
- Vorbildhafte Aus- und Fortbildung von Arbeitskräften durch die Stadtverwaltung oder externe Anbieter
- Eingehen auf die Bedürfnisse der Beschäftigten und Anbieten von flexiblen Arbeitszeitmodellen insbesondere für Familien. Teilzeitarbeit ist auch Führungskräften zu ermöglichen.
- Entfristen von sachlich unbegründeten Befristungen bei der Stadt Nürnberg

- Vorhalten einer ausreichenden Zahl von „Springern“, um das bestehende Personal der Stadt bei Ausfällen und Erkrankungen zu entlasten

Nachhaltig haushalten mit städtischen Geldern

Ein nachhaltiger Umgang mit städtischen Finanzen ist uns besonders wichtig. Umweltschutz, Tierschutz, Bildung, Erziehung und Gesundheit sind Investitionen in die Zukunft.

Wir fordern deshalb:

- Notwendige Investitionen müssen vor allem für Schulen, Krankenhäuser, Fuß- und Radverkehr, ÖPNV und Barrierefreiheit getätigt werden.
- Wir sind für Investitionen, die für eine schnellstmögliche Klimaneutralität benötigt werden, und solche, die die Nürnberger Industrie- und Gewerbebetriebe beim Übergang zu ökologisch und sozial nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen unterstützen und fördern.
- Wir sind für den Abbau von Subventionen und Förderungen, die negative Auswirkungen auf das Sozialwesen, die Ökologie oder das Klima haben.
- Einsatz für Steuererhebungen für eigene städtische Einnahmen wie etwa Übernachtungspauschalen, Verpackungssteuer z. B. für ToGo-Becher und Pizzakartons, höhere Parkgebühren, etc.